

Herr Weiblinger schlug vor, die FDJ als Verhandlungspartner auszuschließen und in Zukunft nur noch mit BITEJ zusammenzuarbeiten — zu deren Mitgliedsorganisationen ja auch die FDJ gehöre. SCI und BITEJ könnten dann je 50 % der Teilnehmer stellen, worunter auch FDJ-Angehörige sein könnten. Damit sei — zumindest formal — die FDJ nicht mehr der Verhandlungspartner.

Herr Weiblinger wies ausdrücklich auf die Gefahr hin, daß man nicht mehr zurück könne, wenn man einmal mit der FDJ verhandelt habe. Das AA habe es zum Beispiel zugelassen, daß in afrikanischen und asiatischen Ländern Handelsmissionen und Konsulate der DDR eröffnet wurden. Als man im Fall Ceylon die Wirtschaftshilfe gesperrt habe, hätte dann alle Welt geschimpft und darauf hingewiesen, daß man sonst doch nicht so gehandelt habe. Auch wir könnten uns doch nicht plötzlich von der FDJ zurückziehen, da alle Gründe, die gegen eine Zusammenarbeit mit der FDJ sprächen, schon vorher bekannt waren.

Paul Krahé erklärte, daß man sich jederzeit von der Zusammenarbeit mit der FDJ zurückziehen könne, da ja die Verträge jeweils nur für ein Jahr geschlossen würden.

DDR-Freiwillige in Westeuropa

Von Herrn Weiblinger wurde die Frage gestellt, warum sich der SCI zum zweiten Mal an einem Lager in der DDR beteiligt, ohne daß vorher Freiwillige aus der DDR an entsprechenden Lagern in Westeuropa teilgenommen haben. Man müsse dem Osten Bedingungen stellen und nicht nur unter Hinweis auf menschliche Kontakte Schritt für Schritt zurückweichen.

Die Frage, ob Freiwillige aus der DDR — die sicherlich FDJ-Mitglieder sein würden — die Einreise in die Bundesrepublik verweigert würde, wurde nicht präzise gestellt. Von den Vertretern der Ministerien wird offensichtlich Wert darauf gelegt, daß eine solche Teilnahme von FDJ-Freiwilligen an Diensten in Westeuropa vorerst außerhalb der Bundesrepublik stattfinden sollte.

Propaganda

Herr Dübel wies auf eine ADN-Notiz über das geplante Arbeitslager hin, in der SCI erwähnt wurde, und die Unrichtigkeiten enthielt. Er bat darauf zu achten, daß mit dem geplanten Arbeitslager keine Propaganda im Sinne der DDR getrieben werde.

Wir wiesen ausdrücklich auf unsere Bemühungen hin, solche Propaganda zu vermeiden.

Standpunkt der Ministerien

Die Vertreter der Ministerien waren mit der Absicht zu der Besprechung gekommen, der Entsendung von zwei bis drei ausgewählten Vertretern des deutschen Zweiges als "Beobachter" zuzustimmen. Nachdem wir Ihnen im Gespräch erläuterten, daß es in einem Arbeitslager kaum möglich sei, einen "Beobachter" darzustellen (sollen diese die Arbeit beobachten?), sah man sich nicht in der Lage, die Zustimmung auszusprechen. Bei Würdigung aller Pro und Contras müsse man von einer Beteiligung des deutschen Zweiges an Arbeitslagern in der DDR abraten.

Es bestand Übereinstimmung darin, daß trotz dieser negativen Stellungnahme im Juli drei Freiwillige aus der Bundesrepublik am Dienst bei Halle teilnehmen.

Allgemeine Eindrücke

Wir hatten den Eindruck, daß wir im Vergleich mit der letzten Besprechung in Bonn einen Schritt zurückgeworfen worden sind. Ein positives Ergebnis hatte dieses Gespräch für uns nicht, es sei denn, man sieht die Fortführung des Gespräches als solches positiv an.

Es zeigte sich, daß die Herren von den Ministerien sehr wenig über den SCI und unsere Arbeit in der DDR informiert waren. Leider nahmen weder Dr. Ott noch Frau Dr. Friesecke an diesem teil.

Es zeigte sich, daß trotz des negativen offiziellen Standpunktes ein gewisses Verständnis für unsere Arbeit in der DDR besteht. So wird man auch unsere Beteiligung an dem Dienst 1964 stillschweigend dulden, ohne daraus Konsequenzen zu ziehen.

Der Kontakt zu den beteiligten Ministerien sollte aufrechterhalten werden

Göttingen, den 30. Juni 1964

Bertram Schröter + Lutz Caspers